

Protokoll:	Verwaltungsausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart	Niederschrifts-Nr	35
		TOP:	1
	Verhandlung	Drucksache:	34/2008
		GZ:	OB

Sitzungstermin:	13.02.2008
Sitzungsart:	öffentlich
Vorsitz:	EBM Föll
Berichterstattung:	Herr Pavkovic (S-IP)
Protokollführung:	Herr Häbe fr
Betreff:	Projekt "Interkulturelle Öffnung und Qualifizierung der Stuttgarter Moscheevereine"

Beratungsunterlage ist die dieser Niederschrift angeheftete Vorlage des Herrn Oberbürgermeisters vom 29.01.2008, GRDRs 34/2008.

StR Kanzleiter (SPD), welcher auf die Vorberatungen im Internationalen Ausschuss hinweist, stimmt im Namen seiner Fraktion der Vorlage zu.

Zu seinen Fragen trägt Herr Pavkovic vor, Zielgruppe des Projektes seien die in den Moscheevereinen organisierten Muslime, und nicht die muslimische Bevölkerung insgesamt in Stuttgart. 15 % der auf 50.000 geschätzten Stuttgarter Muslime seien in diesen Moscheevereinen organisiert und bei ca. 30 % der Muslime handle es sich um mehr oder weniger regelmäßige Besucher. Handlungsbedarf werde nicht bei der muslimischen Bevölkerung insgesamt, welche weitgehend integriert sei, sondern bei den Vereinsaktiven gesehen. Die Moscheevereine seien noch nicht Partner des Bündnisses für Integration. Mit dem Geplanten sollen diese ebenfalls als Partner gewonnen werden.

Die Finanzierung sehe 98.000 € für zwei Projektjahre vor (88.000 € vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, 10.000 € aus dem Projektetat von S-IP).

Die Begleitgruppe stehe noch nicht fest, aber dort sollen Vertreter der katholischen, der evangelischen und der muslimischen Seite eingebunden werden. So habe

Herr Pfarrer N. N. (Name wurde aus Datenschutzgründen gelöscht) aus Esslingen, welcher vom religiösen Dialog her bekannt sei, seine Teilnahme zugesagt. Des Weiteren werde angestrebt in diese Begleitgruppe Vertreter der Bürgergesellschaft aufzunehmen (z. B. Jugendhausverein, Stadtjugendring). Dasselbe gelte, soweit Interesse bestehe, für die Integrationspolitischen Sprecher der Gemeinderatsfraktionen.

Über die Zwischenschritte des Projektes könne zur besseren Transparenz auch im Verwaltungsausschuss berichtet werden.

Nachdem sich keine weiteren Wortmeldungen ergeben stellt EBM Föll fest:

Der Verwaltungsausschuss beschließt einstimmig wie beantragt.